

## Interview

## Bücher

## Psychotherapie

### ■ Im Krisenmodus ...



Seit der Corona-Pandemie hat das Wort Krise Konjunktur. Aber was machen Krieg, Klima und andere Katastrophen mit Menschen, die ohnehin schon einen erhöhten inneren Stresspegel haben, weil sie psychisch krank sind? Verstärkt das ihre Erkrankung? Und was rät ein Psychiater allen Menschen zur Stärkung ihrer psychischen Widerstandskraft? Fragen an Prof. Uwe Gonther, Ärztlicher Direktor am AMEOS Klinikum Bremen. **Seite 9**

### ■ „99 Obsessionen“



Spinnenangst kennt jeder, aber wer weiß schon, was Bambakomalphobie ist? Gemeint ist die Angst vor Watte ... Steve Jobs, Mitbegründer von Apple, litt an einer Koumpounophobie (Angst vor Knöpfen), weshalb man kein Foto von ihm finden wird, auf dem er ein Hemd trägt. Diese und weitere Informationen wurden in dem Kompendium „Phobien und Manien – Eine Geschichte der Welt in 99 Obsessionen“ zusammengetragen. **Seite 21**

### ■ Aufwühlende Suche



Psychotherapie ist Goldstandard für die Behandlung psychischer Probleme. Aber die Suche nach einem Platz bei einer Therapeutin gleicht mitunter einer Sisyphusarbeit. Zumal wenn man damit als Patientin auf sich allein gestellt ist. Eine mit mehrfachen Diagnosen schwer belastete junge Frau berichtet, wie sie die Suche erlebt hat und wie sehr sie die wiederholten Berichte in diversen Sprechstunden aufgewühlt haben. **Seite 10**

# Die neue Welt der Ökopsychiatrie

## ■ DGPPN-Kongress im Zeichen des Klimawandels und dessen Auswirkungen auf Gesellschaft und Versorgung

Unser Erleben ist viel stärker von der Umwelt geprägt als früher gedacht. Und: Veränderungen in der Umwelt sind schon jetzt in der psychiatrischen Versorgung angekommen, so Prof. Andreas Lindenberger Ende November bei der Eröffnung des viertägigen DGPPN-Kongresses unter dem Motto „Ökologische Psychiatrie und Psychotherapie“. Mit 1500 aktiv Beitragenden und 8500 Teilnehmenden präsentierte sich das jährliche Massenevent im Berliner City-Cube einmal mehr als größtes deutschsprachiges Fachtreffen. In mehr als 40 Vorträgen, 200 Symposien und 80 Workshops wurden eine Vielzahl an Fortbildungen geboten, aber auch aktuelle und gesellschaftlich relevante Themen beleuchtet: von Krankenhaus- bzw. Psychiatriereform über Suizidassistenten und Cannabis-Legalisierung bis zu KI und Big Data sowie partizipativer Forschung im Rahmen des neuen Forschungszentrums für psychische Gesundheit.

BERLIN (hin). Es gehe um „die vielen Umweltfaktoren, die auf die menschliche Psyche einwirken“, erläuterte Prof. Dr. Andreas Meyer-Lindenberger das Kongressthema. „Und das sind nicht nur unsere sozialen Beziehungen. Auch die Gesundheit unseres Planeten hat Auswirkungen auf unser Wohlbefinden, ebenso die Umgebung, in der wir uns aufhalten. Sogar die Vielfalt der Bakterien in unserer Darmschleimhaut beeinflusst unsere psychische Gesundheit“, so der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN).

Einzelne Aspekte wurden genannt. Extremwetter führe z.B. zur Zunahme von PTBS, Süchten und Depressionen. Nach dem verheerenden Hurricane Katrina in den USA z.B. hätten etwa die Hälfte der Bewohnerinnen und Bewohner von New Orleans unter einer Depression oder Angststörung gelitten, ergaben Untersuchungen, viele berichteten von Suizidgedanken. Noch ein Jahr später habe fast jeder Dritte Symptome einer Posttraumatischen Belastungsstörung aufgewiesen.

Hitze bedroht besonders Menschen mit Demenzen: Die Gefahr zu sterben verdoppele sich. Auf Stationen nimmt mit der Hitze auch die Aggression zu. Und dann sind da noch die indirekten Folgen wie: Wirtschaftskrisen, umweltbedingte Migration, mehr Gewalt, knappe Nahrungsmittel. Aufgrund des Klimawandels entstehe auch neuer Behandlungsbedarf, z.B. wenn Menschen in Folge von Extremwetter-Ereignissen traumatisiert werden.

„Wir sind weder darauf vorbereitet, den Opfern von Extremwetter-Ereignissen schnelle und angemessene Hilfe anzubie-

ten, noch sind unsere Behandlungsräume und Stationen für die zunehmende Hitze ausgestattet. Viele Praxen und Kliniken arbeiten auch noch nicht so emissionsarm, wie sie könnten“, so Meyer-Lindenberger.

Die DGPPN selbst hatte im Vorjahr ein von einer speziellen „Task-Force“ erarbeitetes Positionspapier „Klimawandel



DGPPN-Präsident Prof. Dr. Andreas Meyer-Lindenberger. Foto: Hinrichs

und psychische Gesundheit“ veröffentlicht. Darin enthalten auch eine Checkliste zur Organisation eines klimabewussten Kongresses. Aktuell stellt die Fachgesellschaft 150.000 Euro Forschungsförderung zur Verfügung, gedacht für „grundlagenorientierte, klinische oder epidemiologische Studien“ sowie Versorgungsforschung zu den Auswirkungen des Klimawandels.

Lea Dohm, Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit (KLUG), erklärte

in der Eröffnungspressekonferenz: Die Klimakrise könne Gefühle wie Angst, Trauer und Ärger auslösen. „Die Gefahr ist real, diese Klimagefühle sind daher nicht krankhaft und wichtig, da als Motivation dienlich“, machte sie deutlich. „Klimagefühle sollten anerkannt und ernstgenommen werden.“ In der Berichtserstattung sollten zudem Konsequenzen auch machbare und wirksame Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, so die Psychologin. Das ermutige Menschen, Klimathemen nicht zu meiden, sondern selbst aktiv zu werden.

Auch zwei neue Syndrome tauchen immer wieder auf und waren mehrfach Thema in Veranstaltungen: „Eco Distress“ bezeichnet emotionale Reaktionen angesichts der Umweltzerstörung wie Hoffnungslosigkeit, Traurigkeit, Schuldgefühle, Wut, Sorgen, Angst und Panik. „Solastalgie“ steht für emotionalen Schmerz nach Veränderung der Heimat durch Umweltzerstörung.

Für das Zentralinstitut für Seelische Gesundheit Mannheim (ZI) betonte Prof. Dr. Dr. Heike Tost in der PK die Bedeutung von Natur und Grün in der Umgebung. Für Menschen, die in einer Stadt wohnen, liege das Risiko, eine Depression oder Angsterkrankung zu entwickeln, 20 bis 40 Prozent höher als für Personen auf dem Land. Und: „Der städtische Stress in der Kindheit hinterlässt auf biologischer Ebene eine Spur im Gehirn, die im Erwachsenenalter anfälliger macht, unter erneut auftretendem starkem Stress ungünstig zu reagieren und eine psychische Erkrankung, beispielsweise eine Schizophrenie, zu entwickeln“, so Tost.

Ökosysteme bilden sich jedoch nicht nur im Außen. Wir sind selbst eines – eine WG aus Bakterien, Viren und Pilzen, wie Prof. Dr. Martin Walter, Direktor der Jenaer Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, erklärte. Zahlreiche Studien der letzten Jahre belegten: Die Zusammensetzung des Mikrobioms ist bei vielen häufigen psychiatrischen Erkrankungen verändert.

Kongress-Berichte auf den Seiten 4, 5 & 6. Weitere Berichte zu Themen wie ADHS, Psychedelika, partizipative Forschung und zur Diskussion um rituelle Gewalt folgen in Ausgabe 2/24, die Anfang März erscheint.



Nik (Rudi Dharmalingam) und Patientin Ivy (Megan Smart).

Foto: © WDR/BBC STUDIOS/Jungle Entertainment/Lisa Tomasetti

## Down under in der Psychiatrie

### ■ Sehenswerte Serie aus Australien

Schade, dass die ARD diese Serie nur in der Mediathek zeigt bzw. im Dezember gegen 4 Uhr nachts im WDR ausstrahlte. Die australische Serie „Wakefield“ ist eine einfühlsame Drama-Serie, die auf sehr besondere Art auf dem schmalen Grat zwischen psychischer Gesundheit und Krankheit wandelt. Auffälligkeiten zeigen sich dabei – in unterschiedlichen Ausprägungen – nicht nur bei den PatientInnenfiguren, die mit der gesamten Palette an psychischen Krankheiten kämpfen, sondern auch bei dem einen oder anderen Mitarbeitenden.

Star der Serie ist Nik (Rudi Dharmalingam) – ein hochbegabter Pfleger, der mit einer Kombination aus gesundem Menschenverstand, Intuition und Einfühlbarkeit besticht. Letzteres, das wird in den acht Folgen von mal zu mal deutlicher, liegt auch in seiner eigenen traumatischen Erfahrung begründet. Diese macht sich immer wieder durch ein Lied bemerkbar, das in seinem Kopf auftaucht, wenn sein

dunkles Geheimnis aus der Vergangenheit in seine Gegenwart einsickert. Das von mystischen Szenen (und etwas befremdlichen Musicaleslementen) und auch einer Liebesgeschichte begleitete Rätsel um ihn zieht sich als roter Faden bis zur herzergreifenden Auflösung ganz am Ende. Ein weiterer „Hauptdarsteller“ ist übrigens der Drehort: Wakefield spielt in den spektakulären Blue Mountains.

Wenn bei den Machern auch Mut für Humor da war, liegt dieser auch an der Psychiatrieerfahrung der Drehbuchautorin Kristen Dunphy: „Da ich Patientin war, hatte ich das Gefühl, dass ich die Erlaubnis hatte, die Absurdität einiger Situationen zu erkennen“, zitierte sie die US-Plattform mindstienews.org. Schwere Depressionen und eine Panikstörung führten demnach zu mehreren psychiatrischen Langzeitaufenthalten der Autorin. Also: Gucken, schnell: nur noch bis 14. Februar 2024 in der Mediathek.

Anke Hinrichs

## AUS DEM INHALT

<b>BLICKPUNKT</b>	
Assistenzhund: Der Kampf um Ace	Seite 3
<b>KLIMAKRISE</b>	
Von der Tiefsee bis ins Eis: Heimweh nach einer heilen Welt	Seite 4
<b>DISKUSSION</b>	
Was kann Psychiatrie zur Demokratie beitragen?	Seite 5
<b>SOZIALPSYCHIATRIE</b>	
DGSP beleuchtet Armut und Ausgrenzungserfahrungen	Seite 6
<b>INITIATIVE</b>	
Wie die Brücke Rendsburg einer Klinik in der Ukraine hilft	Seite 7

<b>HAMBURG</b>	
Start für Arbeit und Diskussion um einen Psychiatrieplan	Seite 11
<b>KULTUR</b>	
Bericht von der größten europäischen „Art Brut“-Messe	Seite 13
<b>NORDDEUTSCHLAND</b>	
„Die Frauenfrage ist unerledigt“	Seite 14
<b>DROGEN</b>	
K.o.-Tropfen: Waffe und Mode-Droge	Seite 18
<b>DEMENTZ</b>	
Neue Leitlinie rät zu früherer Diagnose	Seite 19

# Die Lage bleibt angespannt

■ Maßregelvollzug: Umfrage bestätigt Hinweise auf Missstände – bei sehr unterschiedlichen Lagen

**Überbelegung, Mangel an Personal und Räumen, zu wenig Therapie: Kliniken und Landesbehörden warnen seit langem vor unzureichenden Kapazitäten und besorgniserregenden Zuständen im Maßregelvollzug. Medial besonders im Fokus standen die kritischen Zustände innerhalb des Berliner Krankenhauses des Maßregelvollzugs (KMV), wo 2020 mehr als 300 gewalttätige Übergriffe auf Therapeuten – bis hin zur versuchten Tötung – dokumentiert wurden. Vor diesem Hintergrund initiierte die DGPPN eine Umfrage unter Einrichtungsleitern. Im jetzt vorliegenden Ergebnis ist von „sehr unterschiedlichen, doch insgesamt angespannten Lagen“ die Rede. Die Mehrzahl der Kliniken (68,5 Prozent) beklagte eine deutliche Überbelegung. Erforderliche Therapien können in fast 60 Prozent der Einrichtungen aus finanziellen oder personellen Gründen nicht angeboten werden.**

BERLIN (hin). Insgesamt haben sich 45 Einrichtungen an der Umfrage beteiligt, die zusammen rund 7500 Patientinnen und Patienten betreuen. Alles in allem gibt es in Deutschland 78 psychiatrische Krankenhäuser des Maßregelvollzugs. Etwa 8000 psychisch kranke Straftäter sind Patienten in einem Krankenhaus für forensische Psychiatrie, 4000 sind in einer Entziehungsanstalt untergebracht.

Therapie wird teils durch Raumangel erschwert. Nur rund die Hälfte der Kliniken verfügte über Einzelzimmer. Dies sei „für die Versorgung der oft psychisch schwer gestörten und stö-

rungsbedingt gefährlichen Patienten nicht angemessen“, heißt es in der Darstellung. In vielen Kliniken würden zusätzliche Betten in die Zimmer gestellt, heißt es weiter. Therapie- und Versorgungsräume würden als Patientenzimmer genutzt. Das führe zu einem „Overcrowding“ und beeinträchtige die Therapie, wodurch sich wiederum die Dauer der Unterbringung verlängere. Jeder 5. Patient war länger als 10 Jahre im MRV untergebracht. Jede 3. Klinik berichtete von einer steigenden Zahl an körperlichen Übergriffen durch Patienten.

Aggressive Übergriffe werden zumindest in Einzelfällen in Zusammenhang mit Missständen in den Kliniken gebracht. Es zeigen sich bei der Zahl der Übergriffe deutliche Unterschiede zwischen den Kliniken. Über alle Einrichtungen gemittelt ausgerechnet wurden „10 bis 11 körperliche Übergriffe auf Mitarbeiter je 100 Patienten“. Zusätzlich komme es zu „9 bis 10 Übergriffen auf Mituntergebrachte pro 100 Patienten innerhalb eines Jahres“.

Jeder 5. der Untergebrachten war von einer Isolierung, zwei Prozent waren von einer Fixierung und etwa drei Prozent von einer medikamentösen Zwangsmaßnahme betroffen. Der Anteil der Untergebrachten mit Migrationshintergrund liege – bei großer Variation zwischen den Kliniken – im Mittel aktuell bei ca. 30 Prozent. Für ei-

nige dieser Personen bestehe bereits vor Aufnahme in den Maßregelvollzug ein Abschiebebefehl.

Vor dem Hintergrund der Umfrageergebnisse hat die Fachgesellschaft fünf Forderungen an die politischen Entscheidungsträger formuliert. Neben einer auskömmlichen Finanzierung fordern sie eine Angleichung der Rahmenbedingungen in den einzelnen Bundesländern, was Größe der Stationen, die Ausstattung von Therapieräumen sowie die Personalausstattung angeht. Zudem brauche es „ein bundesweites Register zur systematischen, detaillierten und transparenten Dokumentation von Zwangsmaßnahmen“. Schließlich fordert die Fachgesellschaft die Einsetzung einer Expertenkommission zur Zukunft des Maßregelvollzugs auf Bundesebene.

Die Umfrage zum Maßregelvollzug wurde von einer Arbeitsgruppe unter Federführung des DGPPN-Referats „Forensische Psychiatrie“ von September bis November 2021 durchgeführt. Die Ergebnisse sind online in „Der Nervenarzt“ nachzulesen.

<https://doi.org/10.1007/s00115-023-01564-7>

## Auch Bremen stockt auf

BREMEN (rd). Auch im Bremer Maßregelvollzug ist es zu eng – darum sollen 28 neue Plätze entstehen. Das geht aus einer Senatsvorlage hervor. Derzeit können 155 Straftäter in der Klinik für forensische Psychiatrie und Psychotherapie behandelt werden. 20 Menschen in Organisationshaft warten auf einen Platz. Neun psychisch kranke Straftäter seien auswärtig im Maßregelvollzug, berichtete dpa Niedersachsen mit Bezug auf die Vorlage. 2018 waren demnach noch durchschnittlich knapp 133 Plätze belegt.

## Ärzteverbrechen sollten Teil der Ausbildung werden

■ Lancet – Kommission erforscht Verstrickung in Nazi-Lehre und Taten

MAINZ (rd). Große Teile der Ärzteschaft, mehr als bisher angenommen, waren in die NS-Verbrechen verstrickt und hatten einen großen Anteil daran, die nationalsozialistische Rassenlehre, den Antisemitismus und die Diskriminierung von Menschen gesellschaftlich zu legitimieren. Das ist das Ergebnis eines im November erschienenen Reports der sogenannten „Lancet-Kommission zu Medizin, Nationalsozialismus und Holocaust“. Ärztinnen und Ärzte hatten demnach eine Schlüsselrolle bei der Planung und der Umsetzung unmenschlicher Praktiken. Einige wenige Ärzte wurden in den Nürnberger Prozessen verurteilt, die meisten Mediziner, die Verbrechen begangen hatten, wurden nicht bestraft und konnten nach dem Krieg weiterarbeiten und sogar Karriere machen.

Wie tief die Verstrickung ging, erkundeten die rund 20 Wissenschaftlerinnen im Auftrag der medizinischen Fachzeitschrift Lancet drei Jahre lang anhand von fast 900 Quellen. Bis 1945 waren rund 50 bis 65 Prozent der deutschen Ärztinnen und Ärzte Teil der NSDAP, ein wesentlich höherer Anteil im Ver-

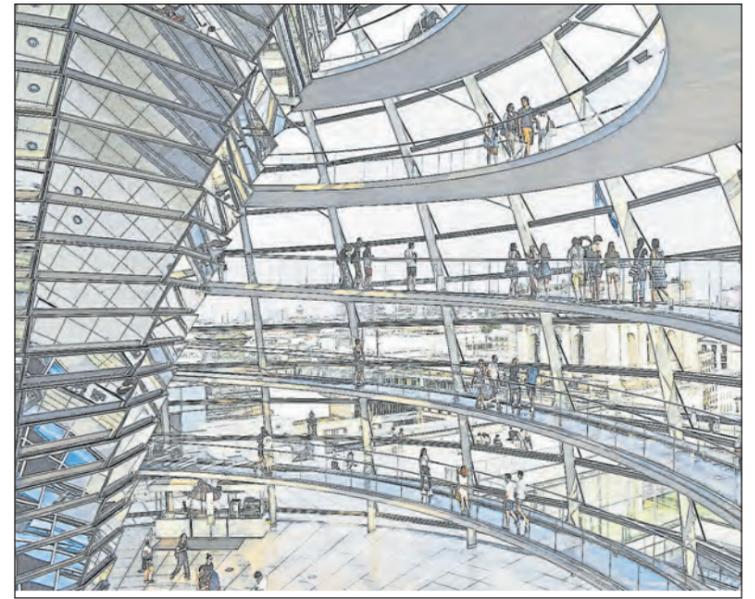
gleich zu anderen akademischen Berufen, heißt es in dem Report. Dies sei zum einen mit der rassistischen und eugenischen Agenda der Nazis zu erklären. Eine wesentliche Rolle hätten aber auch weitverbreitete antisemitische Einstellungen gegenüber jüdischen Medizinerinnen und Mediziner eingenommen, die 1933 rund zehn Prozent der Ärzteschaft ausgemacht hätten.

Ärzte hätten damals aktiv rund 310.000 bis 350.000 Zwangssterilisationen sowie Zehntausende grausame medizinische Experimente durchgeführt. Zudem waren sie an Tötungen von mindestens 230.000 Menschen mit unter anderem geistigen und körperlichen Behinderungen beteiligt.

Die Gräueltaten, die insbesondere Ärztinnen und Ärzte während des Naziregimes begangen haben, sollten künftig stärker in die medizinische Ausbildung integriert werden, forderten die Kommissionsmitglieder, um Ärzten ihre Verantwortung vor Augen zu führen, stets nach ethischen Grundsätzen zu handeln.

(Bericht s: DOI: 10.1016/S0140-6736(23)01845-7)

## Brief aus der Hauptstadt



Über dem Zentrum der Macht: die begehbare Kuppel des Berliner Reichstags.  
Foto: pixabay

## Bewegter Herbst

Drohende Kürzungen haben bereits vor dem Milliarden-Loch im Bundeshaushalt die psychosoziale Szene in Berlin auf den Plan gerufen. Am 8.11. gingen u.a. Mitarbeitende und Einrichtungsnutzer zur Unterstützung von Menschen mit Beeinträchtigungen zum Demonstrieren auf die Straße. Unter dem Motto „Wichtiger als Du denkst – Freie Träger am Limit“ machten 4000 Teilnehmer ihrem Ärger vor dem Berliner Abgeordnetenhaus mit Trillerpfeifen und Sprechchören Luft. Nicht gegenfinanzierte Sach- und Personalkosten bringen immer mehr Angebote in Bedrängnis, und während Landesbedienstete den TVL erhalten, fällt bei den Mitarbeitern der psychosozialen Einrichtungen das Gehalt oft niedriger aus.

Anders als bei einer Demo weiß man beim jährlichen DGPPN-Kongress, was man bekommt. In diesem November musste aus beruflichen Gründen das vielfältige und immer aktuelle Kongressprogramm ungesehen vorbeiziehen. Immerhin reichte es zeitlich zum Treffen mit einem befreundeten Wissenschaftler, der auf dem Kongress immer auch mit Vorträgen vertreten ist. In einem jährlich wiederkehrenden Ritual treffen wir uns am Savignyplatz, um dann im Café Bleibtreu essen zu gehen. Dort angekommen, mussten wir diesmal feststellen, dass das alteingesessene Berliner Restaurant dauerhaft geschlossen ist. Beim Ausweichlokal waren Speisen wie Service eher Mittelmaß. Wie in jedem Jahr lernte ich beim gemeinsamen Essen neue Forschungsdesigns und -methoden aus Studien kennen, die sich mit dem sogenannten komplementären Bereich der Psychiatrie befassen. Der Kopf raucht, das Essen dampft und das Pendel schlägt beim Freund in diesem Jahr von der evidenzbasierten Forschung wieder mehr in qualitative Gefilde und auch irgendwo dazwischen. Eine methodologische Studie mit neuen Ansätzen ist in Planung, davon dann ein andermal mehr. Einige Tage später lese ich zufällig, dass Schauspieler Ulrich Matthes in dem besuchten Lokal schon als Kind für 50 Pfennig Pizza aß, was mich dann doch wieder versöhnlich stimmte.

Ein guter Grund, Berlin im November für einige Tage den Rücken zu kehren, ist die Jahrestagung der DGSP. Der Veranstaltungsort wechselt jährlich, diesmal organisierte der

hessische Landesverband in Marburg die Tagung. Es geht diesmal um Armut und Ausgrenzung psychisch erkrankter Menschen und trotz des Bahnstreiks ist der Saal voll. Die Vorträge beleuchten das Tagungsthema aus verschiedenen Perspektiven, und das Programm ist so dicht gepackt, dass es zeitlich leider nicht zu einer Besichtigung des schönen Marburg reicht.

Die Mitarbeiter eines Berliner Jobcenters sehen dagegen wieder mehr von ihrer Stadt. Seit Februar machen sie bei Kunden, die zwei Termine im Amt verstreichen lassen, Hausbesuche. Dabei erfahren sie häufig die Gründe für das Nichterscheinen. Mal wohnt der Kunde gar nicht mehr unter der bekannten Adresse, mal führen soziale Ängste, mal die Überforderung mit der eingehenden Behördenpost zum Fernbleiben. Es gibt keine Verpflichtung zum Einlass in die eigene Wohnung, viele nehmen aber das Angebot zu einem gemeinsamen Spaziergang an.

Härter trifft es zurzeit diejenigen, die keine Wohnung haben und auf der Straße leben. Der frühe Kälteeinbruch bringt viele obdachlose Menschen in Lebensgefahr und die Notunterkünfte werden knapp. Die Berliner Verkehrsbetriebe gaben gleich bekannt, dass es keine Kältebahnhöfe geben werde. Zugverkehr und Starkstrom seien zu gefährlich und es fehlten sanitäre Anlagen. Mir fällt ein Vortrag auf der Marburger Tagung von Christine Heinrichs, einer Mitarbeiterin des Frankfurter Vereins, ein. Dieser betreibt in einer U-Bahn eine Notübernachtungsstätte für 180 Personen. Beheizt, mit sanitären Anlagen und einem Café in den Morgenstunden.

Ilja Ruhl

## Betrifft: Abs.

Der Autor arbeitet als Sozialarbeiter bei einem gemeindepsychiatrischen Träger in Berlin. Er engagiert sich ehrenamtlich in der „Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie“ und ist zudem auch als Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Soziale Psychiatrie“ tätig.



## IMPRESSUM

### EPPENDORFER

Zeitung für Psychiatrie & Soziales

[www.eppendorfer.de](http://www.eppendorfer.de)

Jahrgang 35 C 42725

Verlagsanschrift:

AMEOS Nord, Regionalzentrale

Wiesenhof, 23730 Neustadt in Holstein

[info@eppendorfer.de](mailto:info@eppendorfer.de)

### Herausgeber:

Michael Dieckmann

AMEOS Gruppe (Vi.S.d.P.)

c/o AMEOS Spitalgesellschaft mbH,

06112 Halle

[www.ameos.eu](http://www.ameos.eu)

### Abonnement & Anzeigen

Erken Schröder

[aboservice@eppendorfer.de](mailto:aboservice@eppendorfer.de) und

[erken.schroeder@ameos.ch](mailto:erken.schroeder@ameos.ch)

Tel.: +49 176 300 55 139

### Redaktionsleitung, Layout und Satz:

Anke Hinrichs (hin)

Redaktionsbüro NORDWORT

Große Brunnenstr. 137, 22763 Hamburg,

Tel.: 040 / 41358524,

E-Mail: [mail@ankehinrichs.de](mailto:mail@ankehinrichs.de),

[redaktion@eppendorfer.de](mailto:redaktion@eppendorfer.de)

### Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Rolf Brüggemann, Turhan Demirel,

Martina de Ridder, Sönke Dwenger,

Michael Freitag (frg), Esther Geißlinger (est),

Michael Götsche (gö), Christiane Harthun-

Kollbaum, Dr. Verena Liebers,

Ilja Ruhl, (rd) = Redaktion, Agentur: epd

### Druck:

Boyens Medienholding GmbH & Co. Kg.

Es gilt die Anzeigenpreisliste 2019. Der

Eppendorfer erscheint zweimonatlich und

kostet jährlich 39,50 Euro

(Sozialtarif: 25 Euro).

\* Für unverlangt eingesandte Manuskripte und

Fotos wird keine Gewähr übernommen.

\* Alle Geschlechter sind gleichberechtigt – aber

Texte müssen auch gut lesbar sein. Wegen der

besseren Lesbarkeit hat sich die Redaktion

entschieden, überwiegend auf die zusätzliche

Nutzung diverser Schreibformen bzw. auf eine

Festlegung zu verzichten. Dem einzelnen

Mitarbeiter steht diese Entscheidung aber frei.

# Der Kampf um Ace

Assistenzhunde helfen psychisch Kranken – doch die Behörden erkennen das oft nicht an

„Ace ist meine Familie“, sagt Carina Graf (Name geändert) über ihren Australian-Shepard-Rüden. Aber Ace ist noch mehr als das: Für die 36-Jährige, die wegen einer Traumafolgestörung schwerstbehindert ist, bedeutet der ausgebildete Assistenzhund eine Rettungsleine ins Leben. Doch die Eingliederungsbehörde des Kreises Nordfriesland will das Tier nicht als Hilfsmittel anerkennen, auch nicht, als Ace im Sommer selbst erkrankte. Seine Besitzerin tat alles, um ihn am Leben zu erhalten. Heute ist Ace wieder im Einsatz – aber die Schulden für die Behandlung belasten Carina Graf. Der Kreis sieht keinen Grund, ihr zu helfen. Kann eine Klage die Rechte von Menschen mit Behinderung stärken?

HUSUM. Der Streit mit dem Kreis begann für Carina Graf bereits im Jahr 2019: Damals beschloss sie, Ace, den sie 2017 als Welpen bekam, zum Assistenzhund ausbilden zu lassen. Zu diesem Zeitpunkt hatte sie schon mehrere schwere Jahre hinter sich. 2015 hatte ein aktuelles Erlebnis die Erinnerung an traumatisierende Ereignisse in ihrer Kindheit ausgelöst. Graf, die damals einen Partner hatte und ein kleines Unternehmen führte, brach der Boden unter den Füßen weg. Die Ängste waren so groß, dass „ich monatelang in einem Schrank gelebt habe“, berichtet sie. Die Beziehung zum Partner zerbrach, sie musste häufig in stationäre Behandlung, hatte Anfälle. „Der Krankenwagen stand ständig vor meiner Tür“, sagt die Frau, die wegen ihrer Behinderung dauerhaft in Rente ist.

Der Welpen sollte sie zwingen, nach draußen zu gehen. Durch seine Ausbildung zum Assistenzhund – „Note eins mit Sternchen“, sagt Graf stolz – kann Ace inzwischen warnen, wenn ihr ein Anfall droht, und er gibt ihr Sicherheit bei Begegnungen mit fremden Menschen. Er ist also, so sehen es Graf und ihre Betreuerin Tatjana Schul, ein Hilfsmittel für ihre gesellschaftliche Teilhabe. Aber der Kreis Nordfriesland sah keine Notwendigkeit, sich an den Kosten für die Ausbildung zu beteiligen: Zuerst stehe die Krankenversicherung in der Pflicht, teilt die Pressestelle auf Anfrage mit.

Tatsächlich stellte Graf damals ihren Antrag an die Kasse – die leitete das Schreiben prompt an die Eingliederungshilfe weiter. Die Kreisbehörde lehnte den Antrag grundsätzlich ab: Es bestehe „lediglich für den Einsatz von Blindenführhunden ein gesetzlicher Anspruch“, heißt es in einem Schreiben, das dem EPPENDORFER vorliegt. Für Hunde, die andere Funktionen übernehmen, würden keine Kosten erstattet.

Dirk Mitzloff, Stellvertreter der Landesbehindertenbeauftragten, kennt solche Fälle und ärgert sich darüber: „Beide Träger wissen, dass so eine Maßnahme in der Regel sinnvoll ist und dass sie eigentlich untereinander regeln müssten, wer welche Kosten übernimmt – das ist es, was der Gesetzgeber mit dem Bundesteilhabegesetz will.“ Doch das funktioniert oft nicht: „Leistungen, die laut den Regeln eigentlich vorgesehen sind, werden abgelehnt, nach dem Motto: Kenn ich nicht, bewillige ich nicht“, sagt Mitzloff. Das gelte auch für Assistenzhunde, für die das Behindertengleichstellungsgesetz eine ganze Reihe von Aufgaben aufzählt (siehe Kasten).



„Ace ist meine Familie“, sagt Carina Graf über ihren Assistenzhund – ein Australian-Shepard-Rüde-

Foto: Geißlinger

Nachdem ihr Antrag doppelt abgelehnt wurde, klagte Carina Graf mit Hilfe des Sozialverbands Deutschland. Denn zurzeit sei die Rechtslage unsicher, sagt ihre Betreuerin Tatjana Schul: „Es gibt einzelne Entscheidungen pro Hunde, aber wenige Urteile.“ Denn oft, das bestätigt auch Mitzloff, würde Betroffenen im Lauf des Verfahrens ein Vergleich angeboten: „Das hilft im Einzelfall, aber macht die Rechtslage nicht klarer.“ Carina Graf will helfen, diese Klarheit herzustellen: „Ich klage und werde mich auf keinen Vergleich einlassen.“

Solche Verfahren können Jahre dauern. Doch im Sommer kam unerwartet Druck in den Fall. Graf fand

„Es waren die schlimmsten Wochen meines Lebens“

einen Knubbel unter dem Fell von Ace: Ihr Hund hatte Krebs. „Es waren die schlimmsten Wochen meines Lebens“, sagt sie. Nur eine Klinik in Süddeutschland bot die aufwändige Behandlung an. Graf übernachtete in einem Wohnmobil auf dem Klinikparkplatz – ein Horror für sie. Durch Komplikationen verlief die Behandlung schwieriger und teurer als erwartet, die Tier-Krankenversicherung deckt nicht alle Kosten. Grafs Anwalt stellte einen Eil-Antrag an das Gericht auf Übernahme der Rest-Beträge. Der Kreis wies das zurück: Erstens habe Graf „nicht glaubhaft gemacht, wie stark ihre Einschränkungen sind“ und dass sie den Hund wirklich brauche. Zweitens findet die Behörde die Kosten nicht glaubhaft, drittens hätte es

vielleicht andere Behandlungsweisen gegeben – Amputation etwa – und viertens gebe es auch eine Spendenaktion für Ace, über die das Geld eingeworben werden könne.

Carina Graf und ihre Betreuerin können über alle Argumente nur die Köpfe schütteln. Ihr Arzt bescheinigt ihr „schwere, komplexe, einander bedingende Diagnosen“ und schreibt, sie könne ihre Wohnung ohne den Hund nicht verlassen. Bescheinigungen für die Kosten der Behandlung und warum diese gewählt wurde – ein amputierter Hund kann die Assistenz-Aufgaben nicht erfüllen – habe sie ebenfalls vorgelegt, berichtet Graf. Und auch die Spendenaktion, die Bekannte von Carina Graf gestartet hatten, werde die Kosten nicht decken, auch wenn sie natürlich hilfreich sei.

„Es hätte mal jemand mit uns sprechen können, wir hätten jede Frage gern beantwortet“, sagt Tatjana Schul. „Doch es gibt keine Gespräche. Statt-

dessen steht immer die latente Unterstellung im Raum, Frau Graf wolle etwas abzocken.“

Der Kreis Nordfriesland hält sein

Da hilft auch der Hinweis auf den Sozialraumgedanken nicht ...

Vorgehen für korrekt. Er hat für die Eingliederungshilfe das Sozialraumverfahren eingeführt, das auf die Stärken der Menschen mit Behinderungen und Ressourcen des Umfelds setzt – eigentlich ein innovativer Ansatz. Doch im Fall von Carina Graf hilft auch der Hinweis auf den Sozialraumgedanken nicht. Gemäß dem Sozialraumkonzept könne geprüft werden, „ob jemand aus dem Umfeld

kostenlos oder für wenig Geld einen geeigneten Hund zur Verfügung stellen kann“, schlägt der Pressesprecher vor. Oder vielleicht „würde es helfen, soziale Kontakte im Lebensumfeld zu intensivieren oder eine mögliche Unterstützung durch Freunde und Nachbarn zu erfragen“. Auch gebe es „öffentliche Begegnungsstätten, die neue Kontakte ermöglichen“ – Dinge, die Graf aufgrund ihrer Diagnosen eben nicht kann. Auf die Frage, ob der Kreis Menschen mit Behinderung rate, Spenden für seine Hilfsmittel zu sammeln, antwortet der Pressesprecher: „Niemand, der einen berechtigten Anspruch auf Leistungen seiner Krankenversicherung oder der Eingliederungshilfe hat, wird auf das Spendensammeln verwiesen.“

Doch diesen berechtigten Anspruch bezweifelt die Behörde aufgrund der Aktenlage: „Die Antragstellerin hat nicht glaubwürdig gemacht, wie stark ihre Einschränkungen sind“, es bestünden „Diskrepanzen zum Vortrag der Antragstellerin“, heißt es in den Schreiben des Kreises an das Sozialgericht.

„Ich weiß, ich wirke kompetent“, sagt Carina Graf. Aber sie muss sich auf jeden Termin lange vorbereiten, braucht hinterher lange, um sich zu erholen und würde es ohne Ace an ihrer Seite gar nicht schaffen.

Dass inzwischen sogar ihre Diagnose und die ärztlichen Atteste in Frage gestellt würden, mache ratlos und wütend, sagt Tatjana Schul: „Das ist ein Umgang mit Behinderten, den ich als Betreuerin, Juristin und Mensch nicht begreife.“

Das Klageverfahren vor dem Sozialgericht läuft noch. Ein Teil der Rechnungen für Aces Behandlung ist weiterhin offen. Es werden Spenden über die Website <https://www.gofundme.com/f/assistentzhundace> gesammelt. **Esther Geißlinger**

## Stichwort: Assistenzhund

Das Behindertengleichstellungsgesetz definiert einen Assistenzhund als „speziell ausgebildeten Hund, der aufgrund erlernter Assistenzleistungen dazu bestimmt ist, einem Menschen die selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen oder behinderungsbedingte Nachteile auszugleichen“.

Mehrere Vereine und zahlreiche Trainer bieten entsprechende Ausbildungen an. Dabei werden Mensch und Hund gemeinsam geschult. Am Ende gibt es ein Zertifikat.

Hunde helfen nicht nur Blinden, sondern warnen auch bei Krankheiten wie Migräne, Diabetes, Epilep-

sie, Narkolepsie oder Asthma vor drohenden Anfällen. Die „Assistenzhundeverordnung“, die das Bundessozialministerium im Dezember 2022 erließ, nennt auch Assistenzhunde für psychische oder geistige Behinderungen wie Demenz, Autismus, Fetales Alkohol-Syndrom oder Traumafolgestörungen.

Für Assistenzhunde besteht eine Duldungspflicht in allgemein zugänglichen öffentlichen oder privaten Gebäuden, so die Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Gemeint sind etwa Behörden, Theater, Arztpraxen, aber auch Geschäfte und Sporthallen. Dies ist auch gesetzlich geregelt. **(est)**